Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 339 — Sonnabend, 22. Juli 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 36,—, aber durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 40,—.

Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 9,—, außerhalb Sachsens M. 11,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige Bau- und Verkäufe 20%, Nachlaß. Vorausgesetzt baar Zahl. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer 25241. Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden. Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft"

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Neues Moratorium, verschärfte Kontrolle!

Wie Poincaré die Vereinbarung mit dem Garantiekomitee auffaßt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 21. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des „Cablogramme" teilt folgendes mit: Die heutige Unterhaltung Poincarés mit dem Vorsitzenden des Garantiekomitees hat zu keinerlei Entscheidung geführt. Im allgemeinen kann man jedoch feststellen, daß die Verbündeten hinsichtlich der Reformen im deutschen Haushalt und der Kontrolle über die Devisen Genugtuung erhalten haben. Hinsichtlich des zukünftigen Moratoriums, das Berlin in seiner letzten Note verlangt hat, ist die Haltung der französischen Regierung folgendermaßen zu definieren:

Poincaré ist der Ansicht, daß die vom Komitee jetzt in Berlin auszuarbeitenden Garantien nur die Vergangenheit angehen. Sie sind die logische Folge der Note vom 31. März. Falls Deutschland ein neues Moratorium verlangt, was in seiner letzten Note geschehen ist, so verlangt das französische Kabinett neue Maßnahmen und außerdem eine Verstärkung der Kontrolle, wie sie jetzt mit dem Garantiekomitee in Berlin besprochen wurde. Einzelne Verbündete Frankreichs stehen nicht auf diesem Standpunkt, aber Poincaré will sich hiervon nicht beeinflussen lassen. Kein neues Moratorium ohne neue Garantien, das ist der französische Standpunkt, der mit aller Energie verteidigt werden wird.

Poincarés Anweisung an Dubois.

Paris, 21. Juli. Wie Agence Havas mitteilt, hat Poincaré an den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, Dubois, eine Denkschrift gerichtet, die er mit dem Finanzminister Delasteyrie vorbereitet hat und in der er die Verantwortung Deutschlands für seine gegenwärtige Finanzlage beweisen will. Er fordert den französischen Vertreter auf, die Kommission zu ersuchen, daß sie die vorsätzlichen Verfehlungen Deutschlands feststelle, neue Pfänderbeanspruche und einen Zahlungsaufschub für die Barzahlungen, aber nicht für eine längere Dauer als 5 bis 6 Wochen gewähre. (W. T. B.)

Die englischen Reparationspläne.

Wenn Frankreich hartnäckig bleibt, Sonderabkommen mit Deutschland?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 21. Juli. Wie „Pall Mall Gazette" über den gestrigen Ministerrat schreibt, soll Frankreich nunmehr eingestehen, daß Deutschland ein Moratorium und eine internationale Anleihe notwendig habe. Die „Pall Mall Gazette" unterstreicht, daß Lloyd George ein Anhänger der internationalen Anleihe ist, die natürlich eine Reduzierung der deutschen Schuld nach sich ziehen werde. Dieser anscheinend offiziöse Artikel teilt alsdann mit, daß in englischen Kreisen die Ueberzeugung vorherrsche, daß im Verlaufe der im Herbst stattfindenden Konferenz auch weitgehende Vorschläge der englischen Regierung gemacht werden würden, die die Reduzierung bzw. den Erlaß gewisser deutscher Verpflichtungen betreffen. Die „Pall Mall Gazette" schreibt weiter, daß, wenn sich bei der Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré neue Schwierigkeiten ergeben, Großbritannien gezwungen sein werde, gewisse Finanzabkommen mit Deutschland zu treffen. Von der größten Bedeutung sei die Haltung Amerikas.

Der Bericht des Garantiekomitees.

Paris, 21. Juli. Ueber den voraussichtlichen Inhalt des Berichtes des Garantiekomitees verlautet: Die Unterkommission für Ausgaben ist zu dem Schluß gelangt, daß eine wesentliche Einschränkung der im Reichsbudget vorgesehenen Ausgaben nicht möglich ist. Die Kommission glaubt, besonders die Streichung der für die Verbesserung der Volksgesundheit vorgesehenen Summen nicht fordern zu dürfen. Sie erkennt weiter die Notwendigkeit an, daß das deutsche Eisenbahnnetz den neuen Grenzführungen angepaßt werden müsse.

Die Unterkommission für Einnahmen hat den Eindruck gewonnen, daß neue Steuern kaum notwendig sind, falls die bestehenden Steuern gewissenhaft eingezogen werden. Die Zwangsanleihe soll möglichst rasch und ebenfalls vor Ende des Jahres durchgeführt werden. Die dritte Unterkommission, die sich mit der Kapitalflucht beschäftigt, hat besonders eine Reihe von Maßnahmen zur Verhütung der Devisenspekulation vorgeschlagen. Eine völlige Verhütung der Kapitalabwanderung gilt als unmöglich. Die Unterkommission für wirtschaftliche Statistiken ist ernstlich im Widerstand auf deutscher Seite nicht begegnet.

Der Auswärtige Ausschuß über die Finanzkontrolle.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 21. Juli. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat heute vormittag unter Vorsitz Dr. Stresemanns in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Wirth zu einer Sitzung zusammen, in der die vertrauliche Aussprache über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee fortgesetzt wurde. Wie verlautet, eröffnete Dr. Stresemann die Sitzung mit einer ausführlichen Darlegung. Entgegen anderslautenden Meldungen kann die „B. Z." mitteilen, daß die Deutsche Volkspartei ihre Haltung gegenüber der Finanzkontrolle noch nicht festgelegt habe. Bei dem Charakter der Vereinbarungen und ihrem für das Deutsche Reich sehr drückendem Inhalt sei es selbstverständlich, daß große Bedenken bestünden, die in genauer Prüfung geklärt werden müßten. Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei werde versichert, daß es gerade nach der Begründung der Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte ganz ausgeschlossen erscheine, daß die Volkspartei sich ohne sehr zwingenden Grund von den übrigen Parteien der Arbeitsgemeinschaft treune.

Der Untersuchungsausschuß über den deutschen Zusammenbruch.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. Juli. Der Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Gründe des Zusammenbruches zu prüfen hat, wird im Laufe der nächsten Monate die Gutachten seiner Sachverständigen, des Generals der Infanterie v. Kuhl, des Obersten a. D. Schwerdtfeger und des Geheimrats Dr. Delbrück veröffentlichen. Das Gutachten des Generals v. Kuhl behandelt die militärischen Grundlagen der großen Offensive von 1918, das Gutachten des Obersten Schwerdtfeger die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit, und zwar zunächst bis zu Beginn der Offensive 1918. Geheimrat Professor Delbrück wird zwei Gutachten veröffentlichen, das eine über die Offensive im Jahre 1918, während das zweite Ausführungen im Anschluß an das Gutachten des Obersten Schwerdtfeger enthalten wird. Weitere Gutachten der Herren v. Kuhl und Schwerdtfeger sollen folgen. Ferner wird der bekannte Sachverständige des Untersuchungsausschusses, der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Katzenstein, ein Gutachten über Mißstände im Heere herausgeben und diesem später ein Gutachten über Mißstände in der Heimat folgen lassen.

Die bayerischen Kommunisten gegen Ludendorff.

München, 21. Juli. Die Kommunisten haben im Landtage eine Anfrage eingebracht, in der zunächst auf die von General Ludendorff in Beiträgen für die Northcliffepresseblätter aufgestellte Behauptung hingewiesen wird, wonach die Ermordung deutscher Minister von kommunistischen Organisationen beschlossen worden sei, und dies die Erklärung für die Erschießung Rathenaus sei. In der Anfrage heißt es weiter: Ludendorff habe dadurch wider besseres Wissen deutsche Volksgenossen und Sowjetrußland verleumdet. Außerdem versuchte er, sich der Entente als Söldnerführer anzubieten. (!) Zum Schluß wird an die Staatsregierung die Frage gerichtet, ob sie bereit ist, den General Ludendorff darauf aufmerksam zu machen, daß er sein Asylrecht in Bayern nicht zu einer das Reich schädigenden und der Entente Vorschub leistenden Propaganda mißbrauchen dürfe. (W.T.B.)

Die angeblichen Provokationen durch die Reichswehr.

Berlin, 21. Juli. Reichswehrminister Dr. Geßler weist entschieden die Angaben einer Eingabe aus Kassel an die Berliner Zentralstelle zurück, in der über eine Reichswehrprovokation von seiten der in Kassel garnisonierenden Truppen Klage geführt wurde. Diese Provokation soll darin bestanden haben, daß die Truppen nach Beendigung ihrer Manöver im Thüringischen am Tage nach der Beisetzung Rathenaus mit klingendem Spiele in ihre Garnison zurückgekehrt waren. Minister Dr. Geßler erklärt nun die Annahme für falsch, daß das Spielen der Musik vor einer marschierenden Truppe ein festlicher Akt, etwas wie ein öffentliches Konzert sei. Auch bei der Rückkehr von Truppenteilen von Beerdigungen habe die Musik die üblichen Armeemärsche zu spielen. Uebrigens hätten am 28. Juni in Kassel Theateraufführungen, Konzerte und dergleichen ohne Einschränkung stattgefunden. Ferner wendet sich Dr. Geßler gegen die Nachrichten über das Führen der früheren Reichsfarben durch in Oberschlesien einrückende Truppen und bezeichnet sie als Verleumdung. Er hat auch gegen die Blätter, die daran Beleidigungen der Reichswehr geknüpft haben, Strafantrag gestellt. — Der „Lok.-Anz." bemerkt dazu noch, daß auch in Berlin nicht am Tage nach der Beisetzung Rathenaus, sondern am Beisetzungstage selbst recht viel Musik gemacht worden ist, und zwar von den Teilnehmern an der Demonstration im Lustgarten auf dem Wege dorthin und beim und nach dem Abmarsch.

Deutsch-national und deutsch-völkisch.

Berlin, 21. Juli. Zu einer Erklärung der Reichstagsabgeordneten Dr. v. Graefe und Wulle, daß für sie „unter Vorbehalt etwaiger weiterer Beschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion zunächst nicht mehr möglich sei", erläßt die deutschnationale Parteileitung folgende parteiamtliche Erklärung: 1. Die Partei und ihre Politik ist und bleibt nach wie vor völkisch eingestellt. 2. Bei dem Ausscheiden des Abg. Henning aus der Fraktion handelt es sich ganz und gar nicht um seine Stellung in der deutsch-völkischen Bewegung, sondern allein um seine persönliche politische Betätigung. 3. Die Erklärung der Herren v. Graefe, Henning und Wulle ändert daran nicht das mindeste und auch nichts an der völkischen Einstellung unserer Partei und ihrer Politik. Der Kurs bleibt der alte.

Abg. Wulle hatte in seinem Blatte den Spruch gegen Henning lediglich auf dessen deutschvölkische Einstellung zurückgeführt. Er sagt ferner, der Köder des Eintritts in die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, den Stresemann im kritischen Augenblick der deutschnationalen Parteileitung hingeworfen habe, sei es gewesen, auf den die Parteileitung sofort angebissen habe.

Die größte Schärfe bei Anwendung der Schutzbestimmungen!

Berlin, 21. Juli. Der preußische Minister des Innern Severing hat Richtlinien zum Schutze der Republik in einer Verfügung an die Ober- und Regierungspräsidenten usw. herausgegeben. Darin wird u. a. gesagt, in Anbetracht der gegenwärtigen Lage sei ein scharfes Durchgreifen regelmäßig erforderlich, so daß auch, was die Dauer der Verbote betrifft, von den gegebenen Möglichkeiten in der Regel in vollem Umfange Gebrauch zu machen sein werde.

Eine demokratische Anfrage über die Verwüstungen bei dem Bruder Helfferichs.

Berlin, 21. Juli. In der Nacht zum 30. Juni war, wie berichtet, die Menge in das Haus des Fabrikanten Philipp Helfferich in Neustadt i. d. Pfalz unter dem Vorgeben eingedrungen, nach dessen Bruder, dem Reichstagsabgeordneten Karl Helfferich zu suchen. Im Hause haben die Eindringlinge vandalisch gehaust und auch gestohlen. Philipp Helfferich, der Mitglied des demokratischen Parteiausschusses ist, wurde mit Totschlag bedroht, obwohl sein Bruder überhaupt nicht in der Stadt, viel weniger im Hause weilte. Von demokratischer Seite ist dieser Vorfall nun zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht worden, in der auch um Auskunft ersucht wird, ob die Regierung bereit ist, die schweren Sachschäden zu vergüten, die durch das Versagen des öffentlichen Schutzes dem Ueberfallenen erwachsen sind.

Die Organisation C

Berlin, 21. Juli. Ueber den Aufbau und die Taktik der Organisation C teilt die „B. Z." auf Grund des in Thüringen an verschiedenen Stellen aufgefundenen Materials Einzelheiten mit. Aus dem bei einem Gothaer Führer des Geheimbundes aufgefundenen Dokumentes, ergibt sich, daß die Organisation C im Deutschen Reiche in eine Reihe von Gauen eingeteilt ist. Bei der Gothaer Gauleitung wurde nach der „B. Z." eine geheime Anweisung aufgefunden, die hinsichtlich der Auflösung vorschreibt: Da bei der Suche nach den Mördern Erzbergers die Staatsanwaltschaft vom Bestehen unserer Organisation offiziell Kenntnis bekommen hatte, sah sich die Leitung genötigt, die Organisation aufzulösen und ihren Sitz zu verlegen. Es liegt im Interesse der Sache, daß die einzelnen Gaue weiter bestehen und auch vorläufig selbständig sich weiter ausbauen sollen. Neugründung: Damit man uns nicht auflösen kann, haben wir in Gotha die „Kameradschaftliche Vereinigung ehemaliger Front- und Freikorpskämpfer" gegründet. Der Oeffentlichkeit gegenüber sind wir nur diese Vereinigung. Was wir in Wirklichkeit sind, muß jeder Angehörige unserer Organisation wissen, ebenso wie auch jeder auf die eigentlichen Satzungen verpflichtet bleiben muß.

Hinsichtlich der Aufnahme wird bestimmt, daß nur Front- und Freikorpskämpfer (Ausnahmen in besonderen Fällen zulässig) Aufnahme finden. Zum 1. jeden Monats soll eine Stärkemeldung eingereicht werden, und zwar nach Anzahl, den letzten Dienstgraden, sowie Bestandsmeldung der vorhandenen Waffen (Gewehre und Karabiner = Kartoffeln, schwere Maschinengewehre = Gerste, L. M. G. = Hafer, Pistolen = Steckrüben, Handgranaten = Stroh, Infanteriemunition = Eier). Der Briefwechsel soll in doppeltem Umschlag unter Deckadresse erfolgen.

Generalstreik in Italien.

Ermordung eines Faschistenführers.

Rom, 21. Juli. Der Zentralausschuß des Arbeiterverbandes beschloß den Generalstreik für ganz Italien. Der Termin des Generalstreiks wird später festgesetzt werden. Die Fabrik- und Straßenarbeiter in Mailand begannen bereits gestern den Streik. Heute wird in Mailand der Gasarbeiterstreik einsetzen. Die Mailänder Faschisten bezeichnen den Streik als eine Herausforderung und drohende Repressalie. Sie haben sich bewaffnet. In Mailand wurde der Sekretär der Faschistenpartei auf der Straße von Kommunisten ermordet. In Turin dauert der Ausstand fort. (WTB.)

Der Internationale Gewerkschaftskongreß.

Amsterdam, 21. Juli. In der gestrigen Nachmittagssitzung der internationalen Gewerkschaftskonferenz erstatteten die deutschen Delegierten Wels und Crispien ausführlichen Bericht über die politischen Zustände in Deutschland und über die zur Verteidigung der republikanischen Staatsform in Deutschland getroffenen Maßnahmen. In der Aussprache, die an den Bericht der beiden Delegierten sich anschloß, wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Aufrichtung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der Reaktion dargelegt und eine gemeinsame Aktion befürwortet. Bezüglich der zu befolgenden gemeinsamen Richtlinien bestand volle Uebereinstimmung. Am Schluß der Nachmittagssitzung wurde eine Kommission ernannt, bestehend aus Fimmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund, Bauters und Wels von der 2. Internationale und Walhead und Grimm (Wiener Internationale).

SLUB
Wir führen Wissen.